

Kommentar Dieter Spethmann am 7. Oktober um 18 Uhr:

Jetzt erleben die hochmögenden Damen und Herren des Deutschen Bundestages, die sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni in Sachen Lissabon-Vertrag überschlugen mit Urteilsschelte und verfassungsändernder Eile, um die Begleitgesetze erneut noch vor dem Wahltag des 27. September durch Bundestag und Bundesrat zu peitschen, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Wirklichkeit des politischen Alltags nur noch eine Provinz der EU ist. Bei einem Staatenverbund, der die EU nach Ansicht des BVerfG ist, sofern die Organe der deutschen Politik gewisse Kontrollfunktionen tatsächlich ausüben (was sie nach meiner Ansicht nicht tun), muss die „Geschäftsführung“ (nämlich die EU-Kommission) nach dem Willen der Mitglieder handeln. Bei einem Bundesstaat hingegen ist die „Geschäftsführung“ eine veritable Regierung, die ihren Provinzen Anweisungen gibt. So ist es in der heutigen EU, nachdem Deutschland sich dieser mit der Ratifikation des Lissabon-Vertrages endgültig unterworfen hat. Das politische Berlin muss endlich zur Diskussion stellen, dass Deutschland seine tatsächliche finanzielle Pleite dem Doppelsystem EU/Euro verdankt, weil es diesem System Jahr für Jahr bis zu 250.000.000.000 Euro zwecks Umverteilung zugunsten anderer schenkt. Spanien, das Land des Kommissars Almunia, ist dabei einer der größten Sünder und Empfänger.

www.europethmann.de

DER SPIEGEL

07. Oktober 2009, 16:05 Uhr

Drohendes Defizitverfahren

EU bremst schwarz-gelbe Steuersenkerkoalition

Die EU torpediert die Wahlversprechen von Union und FDP: Die Kommission plant ein Defizitverfahren gegen Deutschland. Der Spielraum für Steuersenkungen wird damit drastisch eingeschränkt.

Berlin - Union und FDP feilschen bei den Koalitionsverhandlungen über Steuersenkungen. Doch CDU-Politiker warnen die Liberalen vor überzogenen Forderungen. Denn **das Defizitverfahren**, das die EU gegen Deutschland einleitet, hat Auswirkungen auf die Möglichkeiten, den Bürgern

Steuersenkungen zukommen zu lassen. "Die CDU lehnt alles ab, wo der Taschenrechner streikt", sagte Unions-Finanzexperte Steffen Kampeter.

"Wir müssen mit unseren Entlastungsversprechen auch die Hürden des Grundgesetzes und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nehmen", warnte Kampeter.

Während CDU und CSU die Bürger in mehreren Schritten um rund 15 Milliarden Euro entlasten wollen, streben die Liberalen Steuersenkungen im Umfang von mindestens 35 Milliarden Euro an. Die Finanzexperten von Union und FDP müssen nun aber in den kommenden Wochen versuchen, die Steuersenkungspläne ihrer Parteien mit dem aus dem Ruder gelaufenen Staatshaushalt in Einklang zu bringen.

Denn die EU-Kommission leitete am Mittwoch gegen Deutschland und acht weitere EU-Staaten ein Defizitverfahren ein. Die scheidende Bundesregierung erwartet für dieses Jahr ein Staatsdefizit von 3,7 Prozent des BIP, 2010 dürfte der Wert auf sechs Prozent steigen. Erlaubt sind in der EU aber nur drei Prozent. Im November will die EU-Kommission Fristen zum Defizitabbau empfehlen. Die Entscheidung darüber liegt aber bei den EU-Finanzministern.

FDP beharrt auf Steuersenkung

Beim ersten Verstoß Deutschlands gegen die Schuldengrenzen 2002 hatten sich die Bundesregierung und die EU-Kommission einen heftigen Streit geliefert. Danach wurde der Pakt aufgeweicht. EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia beharrt dennoch darauf, dass die Spielregeln "rigoros" angewendet werden, damit der Pakt als Instrument zum Schuldenabbau glaubwürdig bleibt. Wegen der Rezession halten ihn derzeit 20 der 27 Staaten nicht ein.

Die FDP drängt ihren künftigen Koalitionspartner dennoch zu Korrekturen im Steuersystem. "Es geht darum, einen mutigen Schritt nach vorne zu machen", sagte ihr Experte Volker Wissing Reuters. Ziel sei es, durch Steuerentlastungen mehr Wachstum zu erreichen. "Das kommt auch den Staatsfinanzen zugute."

Das Kalkül dahinter: Nach Steuersenkungen zieht der private Konsum an, und die Unternehmen investieren mehr. In der Folge legen auch die Steuereinnahmen wieder zu. Ob diese Rechnung aufgeht, ist umstritten. Der Leiter der Abteilung Staat beim Deutschen Institut für Wirtschaftsfor-

schung (DIW), Viktor Steiner, sagte der Nachrichtenagentur Reuters, der konjunkturelle Effekt von Steuersenkungen sei relativ gering. Wer viel verdiene, werde kaum mehr konsumieren, wenn er mehr in der Tasche habe. Besser wären niedrigere Sozialabgaben oder ein höheres Kindergeld.

FDP droht mit Marathonsitzung über Gesundheitsfonds

Auch das Thema Gesundheit sorgt in den Koalitionsverhandlungen von Union und FDP für intensive Debatten. Die Liberalen rechnen angesichts des Milliardendefizits bei den Krankenkassen mit zähen Gesprächen. "Wir stellen uns darauf ein, dass wir sehr, sehr viele Tage verhandeln werden", sagte der FDP-Experte Daniel Bahr.

Unions-Politiker betonten zwar, der erwartete Fehlbetrag im kommenden Jahr gehe nicht auf den Fonds zurück. Doch davon will die FDP nichts wissen: "Ich teile die Meinung nicht", entgegnete Bahr. "Der Gesundheitsfonds hat dazu beigetragen, dass die Finanzlast so groß geworden ist, dass sich Schulden aufgehäuft haben." Die FDP erwarte, dass die Union "einen Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik - weg von der Staatsmedizin - mit uns vollziehen wird", sagte Bahr nach dem ersten Treffen der Verhandlungsgruppe Gesundheit und Pflege bei den Koalitionsgesprächen am Mittwoch in Berlin.

Die aktuellen Finanzzahlen zeigten, "dass der Gesundheitsfonds so nicht funktioniert". Das erste Arbeitsgruppen-Gespräch sei zwar "sehr konstruktiv" gewesen, fügte der Gesundheitsexperte hinzu. Er stelle sich dennoch auf "lange und harte" Verhandlungen ein.

Ungeachtet der Drohungen aus dem Lager der Liberalen machte sich Kanzlerin Angela Merkel für den Gesundheitsfonds stark. Dieser sei "kein Ausgabentreiber", sagte ihr Sprecher Ulrich Wilhelm. Die Ausgabensteigerungen und das Defizit stünden "in keinem Zusammenhang mit der Existenz des Gesundheitsfonds". Dieser sei lediglich finanzielle Sammel- und Verteilstelle.

Zehn Arbeitsgruppen sollen die Koalition zwischen Union und FDP nun auf den Weg bringen. Wer ist dabei, wer kann Minister werden? Wo herrscht Einigkeit, wo gibt es Streit?